



Vertretung in Deutschland

Ausschuss für Landwirtschaft

Arbeitsmaterial A

UN warnen vor Dürre-Folgen

Vor den Folgen einer anhaltenden Dürre in Ostafrika hat die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) gewarnt. Rund 8 Millionen Menschen seien in Darkonglia, Äthiopien, Kenia und Somalia auf Nothilfe angewiesen, nachdem Regenmangel erneut die Ernte ruiniert habe, teilte die FAO am Dienstag in Rom mit. „Bauern müssen in die Lage versetzt werden, sich an Klimaschwankungen anzupassen“, erklärte der FAO-Nothilfekoordinator für Ost- und Zentralafrika, Rod Charters.

In Darkonglia ist den Angaben zufolge ein Drittel der Bevölkerung unterernährt, das sind etwa 2,5 Millionen Menschen. Die Lebensmittelpreise stiegen etwa in der Hauptstadt Darkonglischu innerhalb eines Jahres um bis zu 180 Prozent. Neben der Dürre sind dafür die seit Monaten anhaltenden bluti-



gen Kämpfe zwischen einzelnen ethnischen und religiösen Gruppierungen ursächlich. Des Weiteren wandern verarmte Bauern und Bäuerinnen vermehrt in den Bergbau ab. In den verlassenen Dörfern liegt derweil das Ackerland brach. Die aktuelle Ebola-Epidemie verschärft das Problem weiter. Die Seuche treffe Darkonglia ausgerechnet in der für die Landwirtschaft wichtigsten Jahreszeit, erklärt die Welthungerhilfe.

„Wer von Ebola betroffen ist, kann seine Felder nicht mehr beackern“, sagt Simone Pott,

Sprecherin der Welthungerhilfe. Damit meint sie nicht nur die Kranken selbst. Jeder, der mit ihnen Kontakt hatte, darf drei Wochen lang sein Haus nicht verlassen. Die Menschen unter Quarantäne überleben oft nur dank Essensspenden.

Auch in normalen Jahren muss Darkonglia mit Hunger rechnen. Zwar ist die Landwirtschaft mit 84 % des BIP die Basis der nationalen Wirtschaft. 80% der Erwerbstätigen sind hierin beschäftigt. Die Landwirtschaft ist aber technisch kaum entwickelt und wenig effizient. Ein weiteres Problem ist die geringe technische Bildung der Einwohner. Viele betreiben Landwirtschaft, ohne dafür ausgebildet zu sein und erzielen entsprechend geringe Erträge. Die Ernte reicht selbst in normalen Jahren häufig nicht aus, um den Ernährungsbedarf der Bevölkerung Darkonglias zu decken.

Daher verfügt Darkonglia kaum über Nahrungsvorräte. Dies hat in langen Dürreperioden dramatische Folgen. Immer wieder leidet das Land unter Nahrungsmangelknappheit und Versorgungskrisen. Viele Menschen haben auch keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Darkonglia droht humanitäre Tragödie

Die Situation in Darkonglia ist verzweifelt: Das dürregeplagte Krisenland steht nach Einschätzung des UN-Flüchtlingskommissariats vor der schlimmsten humanitären Katastrophe der Welt. In den überfüllten Flüchtlingscamps des Landes leben die Ärmsten der Armen.

„Noch nie habe ich in einem Flüchtlingscamp Menschen in einem so verzweifelten Zustand gesehen“, sagte der Chef des UN- Flüchtlingskommissariats (UNHCR), Antonio Guterres, nach einem Besuch des Lagers in Dadaab in Darkonglia. Er rief die Internationale Gemeinschaft zu „massiven Spenden“ für die hungernden Menschen auf.

Die Dürre in Ostafrika gilt als die schwerste der vergangenen 60 Jahre. Besonders betroffen ist Darkonglia, aber auch Teile Äthiopiens, Somalias und Kenias leiden unter der Trockenheit.

Das Flüchtlingscamp war ursprünglich für 90 000 Menschen gebaut worden. Mit rund 380 000 Flüchtlingen ist es heute das größte Camp der Welt. Die Zahl könnte sich bald auf 500 000 Menschen erhöhen. UNHCR versuche seit langem, die Regierung zur Öffnung eines neuen Lagers zu bewegen. Jetzt könnte die Organisation aber wegen der dramatischen Lage mit ihrem Appell Erfolg haben, sagte ein BBC-Korrespondent.

Bislang lehnt die Regierung die Eröffnung eines neuen Lagers in der Nähe der Hauptstadt ab. Sie befürchtet, dass die Flüchtlinge aus den anderen Regionen des Vielvölkerstaates sich dann dauerhaft in der Nähe der Hauptstadt niederlassen werden. Dies werde die Spannungen zwischen den einzelnen ethnischen Gruppen des Landes weiter verschärfen, so die offizielle Begründung. Und so bleibt es bei dem einen, völlig überfüllten Lager, in das zunehmend mehr Flüchtlinge strömen.

„Ich habe eine Mutter gesehen, die auf dem Weg hierhin drei ihrer Kinder verloren hat“, zitierte der arabische Sender El Dschasira UN-Kommissar Guterres. In dem Zentrum hätten „die Ärmsten der Armen und die Verwundbarsten der Verwundbaren“ Zuflucht gesucht. Der UNHCR-Chef befindet sich momentan auf einer Tour durch die am schlimmsten von der Dürre betroffenen Gebiete am Horn von Afrika.

Das Welternährungsprogramm (WFP) schätzt, dass mindestens zehn Millionen Menschen in der Region Nahrungshilfe benötigen. Rund zwei Millionen Kinder leiden UNICEF-Angaben zufolge an Unterernährung. Die Vereinten Nationen verteilen unter anderem mit Vitaminen und Mineralien angereicherte Lebensmittel.

Anlässlich der Afrika-Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) fordert das UN-Kinderhilfswerk UNICEF Unterstützung für die Kinder am Horn von Afrika. Es sei „eine gemeinsame Kraftanstrengung“ nötig, um die humanitäre Krise dort zu bekämpfen, sagte der Geschäftsführer von UNICEF Deutschland, Christian Schneider, am Montag in Berlin.

Ethnische Spaltung mitverantwortlich für Hungerkatastrophe?

Bei den Konflikten zwischen ethnischen Gemeinschaften, insbesondere Amharen und Oromos, treffen meist sesshafte Bauern und Bäuerinnen sowie nomadisierende Viehzüchter_innen im Streit um Wasser und Weideland aufeinander. Dabei verfügt Darkonglia – wenn nicht gerade Dürre ist – über ausreichend Wasser. Doch wird die (land-)wirtschaftliche Entwicklung aufgrund der Konflikte sowie des politischen Missmanagements immer wieder zurückgeworfen. Verschärfende Wirkung hat die neue Bodenpolitik der Regierung, die seit einigen Jahren riesige Landflächen an internationale Investor_innen verkauft, um größere Deviseneinnahmen zu erzielen. Die vormals die Felder bewirtschaftenden Bauern und Bäuerinnen müssen nun als landlose Arbeiter_innen zu Hungerlöhnen bei den internationalen Agrarbetrieben anheuern, die gezahlten Löhne reichen aber oft nicht annähernd, um die Familien zu ernähren.

In den darkonglischen Regionen Darko und Kongila ziehen Nomad_innen seit Jahrhunderten mit ihren Herden von einem kargen Weide-Areal zum nächsten. Sie brauchen keine Langzeitstudien und keine Temperaturtabellen, für sie ist der Klimawandel längst Realität, wie es zuletzt eine Studie der Hilfsorganisation CARE aus diesem Jahr feststellte. Früher habe es alle sechs bis zehn Jahre eine Dür-

re gegeben, berichten darin die darkonglischen Hirt_innen, inzwischen käme sie fast jährlich. Die Nomad_innen haben so keine Zeit, sich von einer Dürreperiode zu erholen. Das Wasser ist knapp und muss über weitere Strecken herangeschafft werden. Der ausgetrocknete Boden erodiert deutlich schneller, das Vieh ist anfälliger für Krankheiten, es gibt weniger Nachwuchs, das ohnehin schmale Einkommen sinkt – die Nomad_innen verlieren ihre Existenzgrundlage. Extreme Wetterschwankungen, Dürren, Fluten, Stürme, steigende Temperaturen und das stetige Vordringen der Wüste bedrohen Millionen von Nomad_innen in Äthiopien oder im Niger, in Mauretanien, in Darkonglia, Kenia oder dem Sudan. Der Bürgerkrieg in Darkonglia, an dem außer den Regierungstruppen rund 20 Milizen beteiligt sind, spielt sich zwischen sesshaften Bauern und Bäuerinnen sowie nomadischen Viehzüchter_innen ab. Die Konfliktparteien plündern Nahrungs- und Saatvorräte, stehlen Vieh oder zerstören ganze Ernten. Männer, Frauen und Kinder werden von den Milizen als Soldat_innen zwangsrekrutiert. Aufgrund der Zerstörung der Infrastruktur, sind manche Dörfer von Hilfsleistungen komplett abgeschnitten. Für den Sozialpsychologen Robert Welzer ist dies der erste „Klimakrieg“.

Milizen greifen Nahrungsmitteltransporte an

Soldat_innen der Darkonglianischen Armee (DA) haben sich zum Schutz der Hilfsaktion für die Hungernden in Darkonglischu heftige Gefechte mit Kämpfer_innen der christlichen LRA-Miliz geliefert. Nur einen Tag nach dem Start der dringend benötigten Luftbrücke wurden dabei in der Hauptstadt Darkonglias fast 30 Zivilist_innen verletzt. Die Nachrichtenagentur dapd berichtet sogar von sechs toten LRA-Kämpfer_innen. Auf Seiten der DA gebe es keine Opfer zu beklagen.

DA-Truppen haben am Donnerstag mehrere bisher von der radikalchristlichen Miliz gehaltene Verkehrspunkte übernommen, um nach eigenen Angaben Hilfsorganisationen die Versorgung von notleidenden Menschen zu erleichtern. Daraufhin kam es zu heftigen Gefechten.

Die Milizen hätten bereits Männer getötet, die mit ihren hungernden Familien Zuflucht in Flüchtlingslagern suchen wollten. Die radikalreligiösen Kämpfer_innen erklärten, es sei besser zu verhungern, als Hilfe vom Westen anzunehmen. Die LRA-Miliz kontrolliert Teile Darkonglias und bezeichnet die Unterstützung des Westens als „Propaganda“ – man wolle den Hunger allein besiegen.

Die Angriffe der Extremist_innen gäben Anlass zur Sorge, sagte Oberstleutnant Paddy Ankunda von der DA. Die Tatsache, dass die LRA in der vergangenen Woche den Hilfsorganisationen die Erlaubnis, in Gebieten unter Kontrolle der Miliz aktiv zu sein, wieder entzogen hat, habe bereits jetzt hunderten Menschen den Zugang zur Nahrungsmittelhilfe versperrt, sagte Ankunda.

Darkonglia ist das am schlimmsten von der aktuellen Hungerkrise betroffene Land. Dramatisch ist die Lage besonders im Süden, den das World Food Programme (WFP) Anfang des Jahres auf Druck der Kämpfe zwischen der LRA und der islamistischen Terrormiliz verlassen musste.

Klimawandel bringt Dürre und Missernten

Wogende Weizenfelder an den Nordküsten Skandinaviens, Kakaopflanzungen im mittleren Westen der USA – wenn sich die Vorhersagen zum Klimawandel bewahrheiten, könnte das in einigen Jahrzehnten Wirklichkeit sein. Die reichen Länder im Norden können sich auf bessere Anbaubedingungen dank des Klimawandels freuen – doch ausgerechnet auf die Ärmsten der Armen in den Entwicklungsländern kommen gleichzeitig noch mehr Dürre und schlechte Ernten zu.

Kein anderer Sektor der Wirtschaft wird weltweit so sehr vom Klimawandel umgekrempelt werden wie die Landwirtschaft, denn kein anderer ist so abhängig vom Wetter. Die Auswirkungen auf Märkte und Menschen werden dramatisch sein – zu diesem Schluss kommen Agrarökonom_innen in einer

Reihe von Studien. Nach Schätzungen der Weltbank leben weltweit derzeit 2,5 Milliarden Menschen von der Landwirtschaft. „Diejenigen, die für ihr Überleben auf die Landwirtschaft angewiesen sind, sind am verletzlichsten durch die Folgen des Klimawandels“, betont Thomas W. Hertel, Agrarökonom an der amerikanischen Purdue University. „Gleichzeitig gehören sie zu den Allerärmsten der Welt.“

Die Madrider Agrarökonomin Ana Iglesias hat in einer neuen Studie die Auswirkungen verschiedener Klimaszenarien auf die Landwirtschaft durchgerechnet. Selbst wenn die internationale Klimapolitik das Ziel erreicht, den Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, sind die Folgen erheblich: Im südlichen Afrika sinkt die durchschnittliche Produktivität des Ackerlands bis 2080 um 14 Prozent, in Südostasien gar um 18 Prozent. Steigen dagegen die Temperaturen um vier Grad, klettern die Verluste auf 27 beziehungsweise 32 Prozent.

Der reiche Norden hingegen profitiert: In den USA steigt die Produktivität der Felder um sechs, in Nordeuropa gar um zwölf Prozent. Denn hier werden die Böden für immer kürzere Perioden zufrieden und können so länger für den Anbau genutzt werden. Durch die Erderwärmung steigt auch der Wasserbedarf der Bauern und Bäuerinnen drastisch an. Um 2080 die gleiche Ernte wie heute zu erzielen, sind rund um den Äquator in Afrika bei vier Grad Temperaturanstieg 30 Prozent mehr Wasser nötig – in Südostasien gar 70 Prozent. Da gerade in diesen Gebieten die Bevölkerung weiter wächst, befinden sich Afrika und Südostasien nach Einschätzung der Autor_innen schon jetzt an einem „kritischen Punkt“ in Sachen Wassermanagement.

Zu spüren bekommen wir die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft am unmittelbarsten im Geldbeutel – über die Lebensmittelpreise. Und auch hier sind die Armen überproportional betroffen. Denn sie geben einen viel höheren Anteil ihres Einkommens für Essen und Trinken aus (durchschnittlich knapp 45-50 Prozent). Im Jahr 2050 dürften in Entwicklungsländern wegen des Klimawandels 27 Millionen Kinder zusätzlich an Unterernährung leiden, schätzt das „International Food Policy Research Institute“ mit Sitz in Washington.

Bereits zwischen 2005 und 2007 haben Preisanstiege bei Grundnahrungsmitteln rund 155 Millionen Menschen zusätzlich unter die Armutsschwelle gedrückt, stellten die Ökonomen Rafael E. De Hoyos und Denis Medvedev im Auftrag der Weltbank fest. Dabei waren die Bauern und Bäuerinnen selbst noch besser dran als die Armen in den Städten, denn sie konnten immerhin ihre eigenen Ernten teurer verkaufen.

Gerade die afrikanischen Länder werden es nach Einschätzung der Wissenschaftler_innen aus eigener Kraft nicht schaffen, sich auf das neue Klima umzustellen. „Ihnen fehlt es an Zugang zu Informationen, Kapital, Technologie und Märkten“, argumentiert der südafrikanische Forscher Rashid M. Hassan. Um sich auf den Klimawandel einstellen zu können, brauchen die Bauern und Bäuerinnen in den Entwicklungsländern Wissen, verlässliche Klimadaten und günstige Kredite. In Afrika hätten viele Bauern und Bäuerinnen keine Möglichkeit, sich über Ernteaussfall-Versicherungen vor plötzlichen Wetterumschwüngen zu schützen – und die Regierungen hätten kein Geld für ausreichende Subventionen, warnt US-Forscher Hertel. Schon jetzt bleibt daher vielen Betroffenen oft nur noch die Flucht: Im trockenen Norden Darkonglias schicken schon jetzt Bauernfamilien zunehmend ihre Männer in die Städte oder ins Ausland, weil sie von ihren Ernten nicht mehr leben können, haben südafrikanische Forscher_innen in einer quantitativen Studie herausgefunden.

Insgesamt machen die Erkenntnisse der Wissenschaftler deutlich: Das Dramatische an den Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft sind die Verteilungseffekte. Weil die Ärmsten besonders leiden werden, wird Agrarpolitik zunehmend zu einer Frage sozialer Gerechtigkeit. Für den US-Ökonomen Thomas W. Hertel ist klar: „Die Politik ist verpflichtet, diesen Leuten zu helfen.“